

Mittwoch, den 10. November 1925.

Einzelnummer 10 Goldpfennige

36. Jahrgang. — Nr. 268



mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Goldpfennige“ erscheint wöchentlich 5 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Kurstraße 40, durch die Buchhandlung der „Weltwacht“, Neue Kreuzstraße 12, durch die Zweigstelle „Büro für Arbeit und Wirtschaft“ Mainzstraße 140, sowie durch alle Buchläden abzulegen. — Bezugspreis im vorstehenden Monat: 10 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Ausland 2,00 Goldmark.

Organ für die werftägige Bevölkerung

Verlagert und bewirtschaftete Breslau 2

Versprech-Mauschle: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142.

Postcheck-Konto: Postcheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 10 Goldmark für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenanzeige 10 Pf. Familienanzeigen, Stellungsangebote, Berufserklärungen, und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mitternacht 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurstraße 40 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Rupprecht will König spielen.

Die bayrische Rechtsregierung möchte aber ohne ihn weiter regieren. — Ein Reichsminister war nicht dagegen?

Vor einigen Tagen veröffentlichten die „Münchner Post“ und die „Frankfurter Zeitung“ Mitteilungen über neue politische Pläne der bayerischen Parteiführer und Königsmaher. Mit großer Deutlichkeit wurde auf die Umgebung Rupprechts von Bayern und auf ihn selbst hingewiesen. Die Gerüchte haben in der offiziellen Presse der bayerischen Regierung Dementien hergerufen, die sich allerdings weit stärker gegen die Pläne der Königsmaher richteten als gegen die Königsmaher selbst. Die Pläne der Königsmaher wurden geradezu als kündlich hingestellt. Die monarchistische Frage, so war in den Deutungen der Regierung zu lesen, die sich lange genau selbst als Träger des monarchistischen Gedankens bezeichnet hat, steht für lange Zeit nicht an der Tagesordnung.

Die „Frankfurter Zeitung“ veröffentlicht nun genaue Mitteilungen über diese neuen Pläne der bayerischen Königsmaher. Ihre Organisationen, der „Heimat- und Königsbund“ des Freiherrn v. Preysing und der „Sankt-Barantverein“ des Generals Moehl, einer Kommandeur der bayerischen Reichswehr und jetzt Reichsverordneten, hoffen mit dem Rufe „Der König kommt“, die bayerischen Monarchen in Bewegung zu bringen und die republikanische Verfassung zu kippen.

Es handelt sich nicht mehr um das Treiben einzelner Gruppen von Organisationen politischer Extremisten, sondern es handelt sich um einen Plan, der im Einvernehmen mit dem bayerischen Präsidenten Rupprecht von Wittelsbach durchgeführt werden soll. Die Beteiligung Rupprechts an diesen Projekten steht diesmal ganz außer Zweifel. Mit seinem Wissen haben Personen seiner nächsten Umgebung bei den maßgebenden Spielen der bayerischen Bevölkerung vorgespielt. Sie haben die Frage gestellt, wie sich die Behörden verhalten würden, wenn Rupprecht in nächster Zeit als König von Bayern die Macht übernehmen würde. Sie haben in diesem Gespräch offen zu erkennen gegeben, daß der Sieg des Königtums in Bayern zugleich die Wiederherstellung der bayerischen Souveränität außerhalb des Reichsverbands im Militärbereich, im Finanzbereich und im Verkehrswege bedeuten würde.

Dieses Vorgehen Rupprechts v. Wittelsbach und seiner nächsten Umgebung ist, so stellt der „Vorwärts“ fest, Hochverrat, Hochverrat gegen die Einheit des Reiches. Der Artikel 17 der Reichsverfassung schreibt ausdrücklich vor, daß jedes Land eine freie konservative Verfassung haben muß. Die Übernahme der Macht in Bayern durch Rupprecht ist nur möglich auf dem Wege eines gegenrevolutionären Aufstands der Reichsverfassung. Sie würde zugleich die Loslösung vom Reich, die Sprengung der Reichseinheit, bedeuten. Sie wäre ein schwerer Schlag gegen die nationale Einheit, die die Weimarer Republik in den schweren Wirren der Nachkriegszeit erhalten hat. Die Verantwortung für dies unverantwortlich politisch treibenden fällt nicht nur auf die Freiheit und Eider und Aetern. Sie fällt mit voller Schwere auf Rupprecht v. Wittelsbach. Er hat das Treiben dieser Brüder unterstellt, er hat sich „Se. Majestät der König“ nennen lassen. Er hat mit den Geiste und der angemahnten Würde des Königs nicht nur die Fronten der Burschenschaften, sondern bis zu dem jüngsten Verbot auch die Fronten der Reichswehrtruppen abschafft. Er hat bewußt die Vorbereitung des revolutionären Umsturzes unterstellt.

Die bayerischen Behörden, an die sich die Beantragten des Präsidenten gewandt haben, haben deren Pläne sofort abgelehnt und auf ihre Plakate vermieden, einen revolutionären Umsatz gegen die Verfassung zu bestimmen. Trotz des guten Willens Rupprechts und seiner Getreuen zum Prinzip scheint eine aktive Gefahr im Augenblick nicht vorzuliegen. Die in Bayern regierende bayerische Volkspartei hat lange genug den monarchistischen Plänen Vorabud gesetzt, aber diese offene Worte erlaubt sie. Auch sie trägt Verantwortung daran, daß die Burschenschaften und Monarchen wieder heute wieder an einer Putsch denken können. Ihre zweitürige Haltung in Republik und Reichsverfassung hat den Nährböden für die bayerischen Monarchen abgeschnitten. Jetzt muß sie entscheiden, ob sie den Treibereien ein für allemal ein Ende machen will.

In aller Form erheben wir, so schreibt der „Vorwärts“, die Einheit des verbliebenen Hochrechts an Reichsverfassung und Reichseinheit gegen Rupprecht v. Wittelsbach, jetzt in genanntes Kabinett und gegen die Führer der monarchistischen politischen Organisationen in Bayern. Wir fordern, daß die austartrige Reichsbehörden gegen diese antinationalen Elemente mit der größten Energie einschreiten. Ein jeder Verlust von Bayern aus die Reichseinheit zu zerreißen und der monarchistischen Restauration in Deutschland die Wege zu öffnen, muß auf den härtesten Widerstand aller Republikaner stoßen.

Rupprechts vorjähriger Putsch-Versuch.

Der Verfasser des Buches über den ehemaligen Kaiser Wilhelm II. Emil Ludwig machte gestern im Verlaufe eines Vortrages, den er auf einer Versammlung des Reichskomites Schwarz-Rot-Gold hielt, die Wiederkunft, doch genau vor einem Jahr in München des Reichspräsidenten Rupprecht auf dem Umweg über die Staatsräteidenschaft zum König zu erhoffen. Nach Angaben Ludwigs soll damals ein Reichsminister (1) dem früheren bayerischen Kronprinzen die Rückkehr gegeben haben, daß die Königsmaher in diesem Hause neuamt verhaftet und gegen den

für Schlesien

Die amerikanische Anaconda-Gesellschaft teilt mit, daß sie auf die deutsch-österreichische Firma von Giese's Erben eine lebensmonatige Option erhalten hat.

Warum Giese an Preußen nicht verlaufen durfte.

Wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ von parlamentarischer Seite erfuhr, durfte in den nächsten Tagen bei der Veräußerung des Staats der Preußischen Staatsbank die Angelegenheit der Bergwerks-Gesellschaft Georg von Giese's Erben einen breiten Raum in der Diskussion des Landtages einnehmen. Besonders ist die Preußische Seehandlung an dieser Angelegenheit mit einem Kredit von 15 Millionen Mark, die Ende November fällig sind, interessiert. Forderungen haben außer der Staatsbank noch verschiedene andere öffentlich-rechtliche Institute gegen Giese, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß Giese dringend noch beträchtliche Summen benötigt, um seine politischen Verpflichtungen abzudecken und den Betrieb sicher zu stellen.

Die Mitteilung der amerikanischen Anaconda-Gesellschaft bestätigt unsere Vermutung über die Gründe für die Ablehnung des Kaufangebots seitens des preußischen Staates durch die Giese-Gesellschaft. Die Amerikaner, die den jüdischen Großaktionären des Riesenunternehmens ihren ostdeutschen Besitz abschaffen, haben sich gleichzeitig Vorteile auch auf den preußischen Besitz gesichert. Sie waren offenbar ohne solche Vorteile nicht bereit, den durch den deutsch-polnischen Handelskrieg zerstörten östoberdeutschen Besitz einzigerhand zu bezahlen.

Die zinsverbrauchenden deutschen Industriekreise machen nun öffentlich mobil gegen die Auslieferung der wichtigsten deutsichen Industriegüter an anständisches Monopolkapital. In der „Reichs-Wirtschafts-Zeitung“, die zweifellos die öffentlichen Interessen, sondern immer bestimmten Industriengruppen zum Sprachrohr dient, wird darauf hingewiesen, daß die Preußische Staatsbergwerks-Gesellschaft („Preukag“) Giese vielleicht verklagen könne, da sie auf ihr Kaufangebot bereits Vorausleistungen verschiedener Art gewährt habe. Auch die Reichsregierung könnte und müsse einschreiten, wenn dem Auslande die letzten reichsdeutschen Zinkvorräte in die Hände gespielt würden. Wir glauben unfehlbar, daß die gegenwärtige Reichsregierung schon deswegen nicht rücksichtigt, weil die Giese-Gesellschaft ihr sonst eine peinliche Gegenrechnung über ihre Schädigung durch deutsch-polnische Handelskriegsmethoden aufzunehmen würde. Wie weit der preußische Staat der polswirtschaftlich-föderlichen Kapitulation der Giese-Kapitalisten um die Herren v. Bierer, Ganze usw. vor dem amerikanischen Großkapital mit privatrechtlichen Mitteln entgegentreten kann, wird sich in den Landtagsverhandlungen rasch klären lassen.

Wütste Beschimpfungen gegen Löbe

und Dr. Wirth bringt heute ein in besonders niedrigem Tone gehaltener Artikel der „Schlesischen Zeitung“ über die Tagung der Interparlamentarischen Union in Washington. Genosse Löbe ist bekanntlich in den Vereinigten Staaten — wie auch die Rechtspreche widerwillig meldet musste — der Gegenstand besonderer Erfahrungen gewesen, an denen sich sowohl der bürgerliche Präsident der Vereinigten Staaten wie die Tagung des Weltparlaments und nicht zuletzt ein ansehnlicher Teil des amerikanischen Deutschstums beteiligte. Auch Dr. Wirth wurde darüber mit offener Sympathie empfangen. Der Verger über diese unablässigen Tatsachen ist offenbar der Anlaß zu den niedrigen Anmürken des Breslauer deutsch-nationalen Blattes, in denen Löbe, Wirth und der Demokrat Wuidt überhaupt nicht als Deutsche anerkannt werden. Der amerikanische Schreiber ist anscheinend ein Mann jener berüchtigten schwärz-wollig-roten Spiegel-Stammtische, die einen Teil der Deutsch-Amerikaner bei ihren Bürgern in Betrieb gebracht und die Kriegsstimmung 1914/17 verschärfen haben. Er entblödet sich nicht, daß in militärischen Teilen der amerikanischen öffentlichen Meinung zu widrig, der jeden Verständigungswillen ablehnt. Er verbreitert also die Tatsache, die 1917 nach dem Deutschen Freiburg das edle Mittel der „Karl-Wenzel“ verwandten und sucht die Stromungen für schlechte Verständigung zu klein und boshaft, um möglichst unangenehme Verständigungen zu föhren lassen. Wobei vornehmlich

Um Entwaffnung und Räumung.

Paris, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Über die in Aussicht genommenen Milderungen des Okkupationsregimes im Rheinland glaubt der „Temps“ am Montag folgende Mitteilungen machen zu können: Die Erleichterungen, von denen ein Teil bereits in den nächsten Tagen in Kraft treten, beziehen sich auf das Fahrwesen, den Verkehr in den besetzten Gebieten, die Aufhebung der Ausweisungen und Transportverbote, das System der Requisitionen, die Unterbringung der Truppen, militärischen und zivilen Behörden. Weiterhin sei die Einschränkung der militärischen Gerichtsbarkeit und Verwaltungskompetenz zugunsten der lokalen deutschen Behörden beschlossen. Dagegen seien die Alliierten nicht in der Lage, dem deutschen Munde nach einer Veränderung der Belagungsartillerie auf die Städte der von Deutschland im Jahre 1914 in den besetzten Gebieten gehaltenen Garnisonen nachzukommen. Die Räumung von Köln werde dagegen automatisch eine nicht unbedeutliche Reduktion der alliierten Truppen zur Folge haben.

Sozialistische Wahlerfolge in Belgien.

Brüssel, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Provinzialabgeordneten haben zu einem guten Sieg der Sozialisten geführt, der nicht zuletzt auf die persönlichen Erfolge Vandervelde in Locarno zurückzuführen ist. Die Sozialistische Partei wurde insgesamt 30 Mandate gewonnen und in verschiedenen Departements wie zum Beispiel Lüttich, die absolute Mehrheit erlangt. Das sozialistische Gesamtprogramm der Wahlen ist jetzt endgültig ermittelt.

Das endgültige Urteil wird am 16. November wieder zusammen. Die große politische Auswirkung über das Schicksal von Locarno soll am 18. November beginnen. Am 19. Dezember soll das Parlament eine Sitzung in Brüssel

